S 40 U 87/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Unfallversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Gesetzliche Unfallversicherung – Arbeitsunfall und Verletztenrente – Anerkennung unter Geltung der RVO – Wegeunfall – Verkehrsunfall – Aufenthalt an der Unfallstelle – Weg von dem Ort der Tätigkeit – Rechtswidrigkeit eines späteren Abschmelzbescheids – Rechtmäßigkeit der ursprünglichen Anerkennungsbescheide – Beurteilung nach damaligem Unfallversicherungsrecht – keine Berücksichtigung einer nachträglichen Rechtsprechungsänderung zum Nachteil der Berechtigten – Erhöhung der Verletztenrente bei Verschlimmerung der Gesundheitsschäden – sozialrechtliches Verwaltungsverfahren
Leitsätze	Sind ein Arbeitsunfall sowie ein Anspruch auf Verletztenrente vor dem Inkrafttreten des SGB VII bestandskräftig anerkannt worden, so kann bei einer Verschlimmerung der Unfallfolgen keine sog Abschmelzung der Rentenleistung erfolgen, wenn die Anerkennung des Arbeitsunfalls und die Rentengewährung zum damaligen Zeitpunkt entsprechend den geltenden Vorschriften der Reichsversicherungsordnung (juris: RVO) zu Recht erfolgt waren.
Normenkette	SGB X § 45; SGB X § 48 Abs 3; SGB X § 48 Abs 2; SGB X § 48 Abs 1 S 1; SGB X § 44 Abs 1 S 1; RVO § 539 Abs 1 Nr 1; RVO § 548 Abs 1 S 1; RVO § 550 Abs 1; RVO § 581; SGB VII § 8 Abs 2 Nr 1; SGB VII § 73 Abs 3; SGB VII § 212; SGB VII § 214 Abs 3 S 2; UVEG Art 1

1. Instanz

Aktenzeichen	S 40 U 87/17
Datum	25.10.2019

2. Instanz

Aktenzeichen	L 2 U 51/19
Datum	13.01.2021

3. Instanz

Datum	30.03.2023

Â

Auf die Revision der KlÃ¤gerin wird das Urteil des Landessozialgerichts Hamburg vom 13.Â Januar 2021 aufgehoben und die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Hamburg vom 25.Â Oktober 2019 mit der MaÃgabe zurÃ¼ckgewiesen, dass die Beklagte verurteilt wird, unter AbÃ¤nderung des Bescheides vom 19.Â September 1985 Verletztenrente ab dem 1.Â Dezember 2015 nach einer MdE von 30Â vH zu zahlen.

Die Beklagte trÃ¤gt die auÃergerichtlichen Kosten der KlÃ¤gerin auch im Berufungs- und Revisionsverfahren.

G r Ã¼ n d e :

I

1
Die Beteiligten streiten darÃ¼ber, ob die Beklagte zu Unrecht 1984 einen Arbeitsunfall anerkannt und eine Verletztenrente nach einer Minderung der ErwerbsfÃ¤higkeit (MdE) von 20Â vH bewilligt hat und deshalb der KlÃ¤gerin trotz einer MdE von nunmehr 30Â vH keine hÃ¶here Verletztenrente gewÃ¤hren muss.

2
Die 1965 geborene KlÃ¤gerin war in einem Krankenhaus beschÃ¤ftigt. Am 23.12.1983 verunglÃ¼ckte sie auf dem Heimweg von ihrer ArbeitsstÃ¤tte. Sie hielt mit ihrem PKW an einer Ampel, als der PKW hinter ihr von einem weiteren Fahrzeug auf ihr Auto geschoben wurde. WÃ¤hrend eines GesprÃ¤chs mit hinzugerufenen Polizeibeamten stand die KlÃ¤gerin zwischen ihrem und dem dahinterstehenden PKW, als wieder ein Fahrzeug in die Unfallstelle fuhr und die Fahrzeuge erneut zusammenschob. Hierbei wurde die KlÃ¤gerin am linken Sprunggelenk verletzt. Die Beklagte erkannte mit Bescheid vom 20.9.1984 einen Arbeitsunfall an und bewilligte mit diesem Bescheid sowie dem Bescheid vom 19.9.1985 eine Verletztenrente nach einer MdE von zuletzt 20Â vH.

3
Aufgrund der Verschlimmerung der Unfallfolgen durch eine Verminderung der BewegungsfÃ¤higkeit des linken oberen Sprunggelenkes wegen einer hinzugetretenen Einsteifung des unteren Sprunggelenkes betrug die MdE ab November 2015 30Â vH. Den entsprechenden Antrag der KlÃ¤gerin auf ErhÃ¶hung der Verletztenrente lehnte die Beklagte ab und stellte fest, dass die Bescheide vom 20.9.1984 und 19.9.1985 rechtswidrig gewesen seien, weil die Anerkennung eines Arbeitsunfalls hÃ¤tte abgelehnt werden mÃ¼ssen. Da diese Bescheide wegen Zeitablaufs nicht zurÃ¼ckgenommen werden kÃ¶nnten, verbleibe es jedoch bei der Verletztenrente in der zuletzt festgestellten HÃ¶he. Eine ErhÃ¶hung sei auch kÃ¼nftig ausgeschlossen (Bescheid vom 23.11.2016 und Widerspruchsbescheid vom 3.3.2017).

4
Das SG hat die Beklagte verurteilt, die Verletztenrente ab dem 1.12.2015 nach einer MdE von 30Â vH zu zahlen. Der Unfall am 23.12.1983 sei ein Arbeitsunfall gewesen, weil das Warten am Unfallort in einem sachlichen Zusammenhang mit der versicherten TÃ¤tigkeit gestanden habe. Ein den Versicherungsschutz ausschlieÃ□endes eigenwirtschaftliches, Ã¼bliches RegulierungsgesprÃ¤ch habe nicht vorgelegen. Mangels Rechtswidrigkeit des ursprÃ¼nglichen, begÃ¼nstigenden Bescheides vom 20.9.1984 sei ein sog Einfrieren oder Abschmelzen der Rentenleistung rechtswidrig. Die KlÃ¤gerin habe aufgrund der seit November 2015 nachgewiesenen Verschlimmerung der Unfallfolgen ab dem 1.12.2015 einen Anspruch auf eine Verletztenrente nach einer MdE von 30Â vH (Urteil des SG vom 25.10.2019).

5
Das LSG hat das Urteil des SG aufgehoben und die Klage abgewiesen. Ein versicherter Wegeunfall scheide wegen einer nicht nur geringfÃ¼gigen Unterbrechung des versicherten Weges aus. Es sei auch nicht erkennbar, dass der Versicherungsschutz wegen eines inneren Zusammenhangs des Wartens nach dem ersten Auffahrunfall mit der versicherten TÃ¤tigkeit ausnahmsweise fortbestanden habe. Ã□bliche RegulierungsgesprÃ¤che nach einem Verkehrsunfall sowie MaÃ□nahmen der Spurensicherung stÃ¤nden nicht in einem inneren Zusammenhang mit dem ZurÃ¼cklegen des versicherten Weges, wie das BSG in seinem Urteil vom 17.2.2009 Â BÂ 2Â U 26/07Â RÂ entschieden habe (Urteil des LSG vom 13.1.2021).

6
Mit ihrer Revision rÃ¼gt die KlÃ¤gerin eine Verletzung des Â§Â 8 AbsÂ 2 NrÂ 1 SGBÂ VII. Zutreffend habe das SG entschieden, dass nach Â§Â 550 AbsÂ 1 RVO auch ein Unfall auf einem mit einer der in den Â§Â§Â 539, 540 und 543 bis 545 RVO genannten TÃ¤tigkeiten zusammenhÃ¤ngenden Weg nach und von dem Ort der TÃ¤tigkeit als Arbeitsunfall gelte. Das Warten am Unfallort habe in einem sachlichen Zusammenhang mit dem versicherten ZurÃ¼cklegen des Heimweges gestanden.

7
Die KlÃ¤gerin beantragt,

das Urteil des Landessozialgerichts Hamburg vom 13.Â Januar 2021 aufzuheben und die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Hamburg vom 25.Â Oktober 2019 zurÃ¼ckzuweisen.

8
Die Beklagte beantragt,
die Revision der KlÃ¤gerin zurÃ¼ckzuweisen.

9
Sie hÃ¤lt das angefochtene Urteil des LSG fÃ¼r zutreffend.

II

10
Die zulÃ¤ssige Revision der KlÃ¤gerin ist begrÃ¼ndet (Â§Â 170 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGG). Zu Unrecht hat das LSG auf die Berufung der Beklagten das zusprechende Urteil des SG aufgehoben und die Klage abgewiesen. Der angefochtene Bescheid der Beklagten vom 23.11.2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 3.3.2017 ist rechtswidrig. Die Feststellung des Ereignisses vom 23.12.1983 als Arbeitsunfall und die Bewilligung einer Verletztenrente in den Bescheiden vom 20.9.1984 und 19.9.1985 war zu Recht erfolgt, so dass die der KlÃ¤gerin zustehende Verletztenrente nicht von weiteren Anpassungen auszunehmen war. Aufgrund der Verschlimmerung der Unfallfolgen besteht auch ein Anspruch der KlÃ¤gerin auf AbÃ¤nderung des Bescheides vom 19.9.1985 und GewÃ¤hrung einer Verletztenrente nach einer MdE von 30Â vH ab dem 1.12.2015.

11
1.Â Im Revisionsverfahren ist Ã¼ber die bereits vor dem SG zulÃ¤ssig erhobene kombinierte Anfechtungs-, Verpflichtungs- und Leistungsklage zu entscheiden, mit der die KlÃ¤gerin die Aufhebung des Bescheides der Beklagten vom 23.11.2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 3.3.2017, die Verpflichtung der Beklagten zur AbÃ¤nderung des Bescheides vom 19.9.1985 und die GewÃ¤hrung einer Verletztenrente nach einer MdE von 30Â vH ab dem 1.12.2015 verfolgt (Â§Â 54 AbsÂ 1 undÂ 4, Â§Â 56 SGG; vgl BSG Urteile vom 8.12.2021 Â BÂ 2Â U 10/20Â RÂ BSGE 133, 163 =Â SozR 42700 Â§Â 56 NrÂ 5, RdNrÂ 11 und vom 26.10.2017 Â BÂ 2Â U 6/16Â RÂ SozR 42200 Â§Â 547 NrÂ 1 RdNrÂ 10, jeweils mwN). Denn mit dem Bescheid vom 23.11.2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 3.3.2017 hat die Beklagte zum einen festgestellt, dass mit den Bescheiden vom 20.9.1984 und 19.9.1985 zu Unrecht ein Arbeitsunfall sowie ein Rentenanspruch anerkannt worden ist und dass deshalb in Zukunft Ã¼ber den Betrag von 263,54 Euro hinausgehende Renten nicht zu zahlen sind (sog Einfrieren bzw Abschmelzung der Leistung; vgl hierzu auch BSG Urteil vom 8.12.2021 Â BÂ 2Â U 10/20Â RÂ BSGE 133, 163 =Â SozR 42700 Â§Â 56 NrÂ 5, RdNrÂ 19Â ff). Zum anderen hat es die Beklagte in den angefochtenen Bescheiden abgelehnt, unter AbÃ¤nderung des Bescheides vom 19.9.1985 wegen einer mit der Verschlimmerung der Unfallfolgen einhergehenden hÃ¶heren MdE eine hÃ¶here Verletztenrente zu zahlen.

12
Dass die KlÃ¤gerin vorinstanzlich nicht ausdrÃ¼cklich die Verpflichtung der Beklagten zur AbÃ¤nderung des eine Verletztenrente von lediglich 20Â vH bewilligenden Bescheides vom 19.9.1985 beantragt hat, steht der Entscheidung Ã¼ber die Verpflichtungsklage nicht entgegen. Nach Â§Â 123 SGG entscheidet das Gericht Ã¼ber die von der KlÃ¤gerin erhobenen AnsprÃ¼che, ohne an die Fassung der AntrÃ¤ge gebunden zu sein. Im Zweifel ist davon auszugehen, dass unter BerÃ¼cksichtigung des MeistbegÃ¼nstigungsprinzips alles begehrt wird, was der KlÃ¤gerin aufgrund des Sachverhalts rechtlich zusteht. Die Auslegung ist unter BerÃ¼cksichtigung aller UmstÃ¤nde auch vom Revisionsgericht vorzunehmen, ohne an die von den Tatsachengerichten vorgenommene Auslegung gebunden zu sein (vgl BSG Urteil vom 14.6.2018 Â BÂ 9Â SB 2/16Â RÂ SozR 41500 Â§Â 92 NrÂ 4 RdNrÂ 12 mwN). Hier ergibt die Auslegung, dass die KlÃ¤gerin von Anfang an auch die AbÃ¤nderung des Bescheides vom 19.9.1985 hinsichtlich der HÃ¶he der Verletztenrente begehrt hat, um eine hÃ¶here Verletztenrente wegen einer ErhÃ¶hung der MdE zu erhalten.

13
2.Â Die kombinierte Anfechtungs-, Verpflichtungs- und Leistungsklage ist begrÃ¼ndet. Zu Recht hat das SG den angefochtenen Bescheid vom 23.11.2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 3.3.2017 aufgehoben, denn er ist rechtswidrig (dazu unterÂ a). Zutreffend hat das SG auch entschieden, dass die Beklagte der KlÃ¤gerin eine hÃ¶here Verletztenrente ab dem 1.12.2015 nach einer MdE von 30Â vH zu zahlen hat; insoweit war der Bescheid vom 19.9.1985 abzuÃ¤ndern (dazu unterÂ b).

14
a)Â Die Feststellungen der Beklagten, dass durch die Bescheide vom 20.9.1984 und 19.9.1985 zu Unrecht ein Arbeitsunfall anerkannt sowie eine Verletztenrente bewilligt worden ist und deshalb in Zukunft keine hÃ¶heren Rentenleistungen zu zahlen sind, sind rechtswidrig. Die Voraussetzungen fÃ¼r diese Feststellungen gemÃ¤Ã Â§Â 48 AbsÂ 3 iVm Â§Â 45 SGBÂ X lagen nicht vor.

15
aa)Â Ein ursprÃ¼nglich rechtwidriger, zugunsten des Versicherten ergangener Bescheid kann nur unter den Voraussetzungen des Â§Â 45 SGBÂ X zum Nachteil des Betroffenen abgeÃ¤ndert werden. Der Bestandsschutz, den Â§Â 45 SGBÂ X gewÃ¤hrt, besteht hinsichtlich einer zu Unrecht zu hoch, aber bestandskrÃ¤ftig festgestellten Leistung, wenn ein Versicherungsfall zu Unrecht anerkannt wurde, und hinsichtlich zu Unrecht anerkannter Folgen sowie dem Hinzutreten weiterer GesundheitsschÃ¤den (vgl dazu ausfÃ¼hrlich BSG Urteil vom 8.12.2021 Â BÂ 2Â U 10/20Â RÂ BSGE 133, 163Â = SozR 42700 Â§Â 56 NrÂ 5, RdNrÂ 22 mwN). Ist eine RÃ¼cknahme gemÃ¤Ã Â§Â 45 SGBÂ X insbesondere wegen VersÃ¤umung der dortigen Fristen nicht mÃ¶glich, kann unter den Voraussetzungen des Â§Â 48 AbsÂ 3 SGBÂ X eine sog Abschmelzung bzw ein Einfrieren der bewilligten Leistung erfolgen, wenn eine wesentliche Ã nderung zugunsten des Betroffenen eingetreten ist. Dann darf die neu festzustellende Leistung nicht Ã¼ber den Betrag hinausgehen, der sich der HÃ¶he nach ohne BerÃ¼cksichtigung der Bestandskraft

der zu hoch festgestellten Leistung ergibt. Voraussetzung fÃ¼r eine solche Abschmelzung der rechtswidrig zu hoch festgestellten Leistung ist, dass durch die Verwaltung die Rechtswidrigkeit der bestandskrÃ¤ftigen Bewilligung der Leistung gegenÃ¼ber dem Betroffenen festgestellt wird (vgl BSG Urteil vom 8.12.2021 Â BÂ 2Â U 10/20Â RÂ BSGE 133, 163Â = SozR 42700 Â§Â 56 NrÂ 5, RdNrÂ 21Â f mwN). Die Feststellung der Rechtswidrigkeit des nicht mehr zurÃ¼cknehmbaren Ausgangsverwaltungsaktes ist ein eigenstÃ¤ndig anfechtbarer Verwaltungsakt, der als eigenstÃ¤ndige Regelung iS des Â§Â 31 SGBÂ X zur frÃ¼hzeitigen KlÃ¤rung des SozialrechtsverhÃ¤ltnisses selbststÃ¤ndig und zeitlich vor dem Ausspruch des sog Einfrierens bzw Abschmelzens getroffen werden kann (vgl BSG Urteil vom 7.5.2013 Â BÂ 1Â KR 5/12Â RÂ SozR 42500 Â§Â 55 NrÂ 2 RdNrÂ 26 mwN). Eine solche Regelung hat die Beklagte in dem angefochtenen Bescheid zwar getroffen; hierfÃ¼r lagen die Voraussetzungen jedoch nicht vor, denn die bestandskrÃ¤ftigen Bescheide vom 20.9.1984 und 19.9.1985 waren nicht rechtswidrig.

16
bb)Â Rechtswidrig ist ein Bescheid, wenn bei dessen Erlass das Recht unrichtig angewandt oder von einem Sachverhalt ausgegangen worden ist, der sich als unrichtig erweist (vgl Â§Â 44 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ X). Dabei ist die Rechtswidrigkeit eines Verwaltungsaktes nach Â§Â 45 SGBÂ X anzunehmen, wenn der ursprÃ¼ngliche Bescheid aus damaliger Sicht so nicht hÃ¤tte ergehen dÃ¼rfen (vgl BSG Urteil vom 20.3.2007 Â BÂ 2Â U 27/06Â RÂ SozR 41300 Â§Â 45 NrÂ 5 RdNrÂ 11). MaÃgebend sind die tatsÃ¤chlichen und rechtlichen VerhÃ¤ltnisse im Zeitpunkt seines Erlasses (BSG Urteil vom 2.11.1999 Â BÂ 2Â U 47/98Â RÂ SozR 31300 Â§Â 48 NrÂ 67 SÂ 154Â = juris RdNrÂ 15). Danach waren die bestandskrÃ¤ftigen Bescheide vom 20.9.1984 und 19.9.1985 nicht rechtswidrig.

17
Die Feststellung des Ereignisses vom 23.12.1983 als Arbeitsunfall war rechtmÃ¤Ãig. Ob ein Arbeitsunfall festzustellen war, richtete sich hier nach den Vorschriften der RVO, denn diese sind erst spÃ¤ter durch die Regelungen des SGBÂ VII aufgrund des ArtikelsÂ 1 des Gesetzes zur Einordnung des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung in das Sozialgesetzbuch (Unfallversicherungs-Einordnungsgesetz vom 7.8.1996, BGBlÂ I 1254) abgelÃ¶st worden. Hier war das als Arbeitsunfall in Betracht kommende Ereignis am 23.12.1983 vor der Verabschiedung dieses Gesetzes eingetreten. Im Ãbrigen ist auch nach Â§Â 212 SGBÂ VII das SGBÂ VII grundsÃ¤tzlich erst anwendbar auf VersicherungsfÃ¤lle, die nach dem Inkrafttreten des SGBÂ VII, dh nach dem 1.1.1997, eingetreten sind. Der Ausnahmefall gemÃ¤Ã Â§Â 214 AbsÂ 3 SGBÂ VII, wonach die Vorschriften des SGBÂ VII Ã¼ber Renten auch fÃ¼r VersicherungsfÃ¤lle vor dem 1.1.1997 gelten, wenn die Rentenleistungen nach dem 1.1.1997 erstmals festzusetzen sind, liegt hier nicht vor.

18
Nach Â§Â 548 AbsÂ 1 SatzÂ 1 RVO (idF des Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung Â Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz vom 30.4.1963, BGBlÂ I 241) ist Arbeitsunfall ein Unfall, den ein Versicherter bei einer der in den Â§Â§Â 539, 540 und 543 bis 545 RVO genannten TÃ¤tigkeiten erleidet.

Als Arbeitsunfall gilt nach Â§Â 550 AbsÂ 1 RVO (idF des 17.Â Rentenanpassungsgesetzes vom 1.4.1974, BGBlÂ I 821) auch ein Unfall auf einem mit einer der in den Â§Â§Â 539, 540 und 543 bis 545 RVO genannten TÃ¤tigkeiten zusammenhÃ¤ngenden Weg nach und von dem Ort der TÃ¤tigkeit.

19
Ein Arbeitsunfall setzt voraus, dass der Verletzte durch eine Verrichtung vor dem fraglichen Unfallereignis den gesetzlichen Tatbestand einer versicherten TÃ¤tigkeit erfÃ¼llt hat und deshalb â□□Versicherterâ□□ ist. Die Verrichtung muss ein zeitlich begrenztes, von auÃ□en auf den KÃ¶rper einwirkendes Ereignis und dadurch einen Gesundheitsschaden oder den Tod des Versicherten objektiv und rechtlich wesentlich verursacht haben (UnfallkausalitÃ¤t und haftungsbegrÃ¼ndende KausalitÃ¤t; stRspr, vgl zB BSG Urteil vom 26.11.2019 Â BÂ 2Â U 3/18Â RÂ SozR 42700 Â§Â 2 NrÂ 53 RdNrÂ 16 mwN). Danach erlitt die KlÃ¤gerin am 23.12.1983 einen Arbeitsunfall.

20
Als Versicherungstatbestand kommt hier allein Â§Â 539 AbsÂ 1 NrÂ 1 RVO iVm Â§Â 550 AbsÂ 1 RVO in Betracht. Den bindenden Feststellungen des LSG (Â§Â 163 SGG) sind keine Anhaltspunkte dafÃ¼r zu entnehmen, dass die Voraussetzungen eines anderen Versicherungstatbestandes, ggf nach Â§Â 539 AbsÂ 1 NrÂ 13 AltÂ 2 RVO oder Â§Â 555 AbsÂ 1 AbsÂ 1 AltÂ 2 RVO, erfÃ¼llt gewesen sein kÃ¶nnten. Die KlÃ¤gerin war in ihrer TÃ¤tigkeit in einem Krankenhaus als BeschÃ¤ftigte nach Â§Â 539 AbsÂ 1 NrÂ 1 RVO idF des UVNG versichert. Sie legte am 23.12.1983 auch einen unter Versicherungsschutz stehenden Weg iS des Â§Â 550 AbsÂ 1 RVO zurÃ¼ck. Auf dieser Wegstrecke erlitt sie am 23.12.1983 einen Unfall. Unfall iS des Â§Â 548 AbsÂ 1 SatzÂ 1 RVO ist ein von auÃ□en einwirkendes kÃ¶rperlich schÃ¤digendes und zeitlich begrenztes Ereignis (vgl BSG Urteil vom 26.11.2019 Â BÂ 2Â U 3/18Â RÂ SozR 4-2700 Â§Â 2 NrÂ 53 RdNrÂ 16 mwN; nunmehr Â§Â 8 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ VII). Dieses erlitt die KlÃ¤gerin, als sie nach dem ersten Auffahren eines PKWs wÃ¤hrend des Wartens hinter ihrem Fahrzeug durch den zweiten Auffahrunfall zwischen zwei Fahrzeugen eingeklemmt wurde; hierdurch zog sie sich eine Sprunggelenksverletzung und damit einen Gesundheitsschaden zu.

21
Der Unfall der KlÃ¤gerin wurde durch eine versicherte Verrichtung verursacht. Die KlÃ¤gerin hatte einen versicherten Weg iS des Â§Â 550 AbsÂ 1 RVO angetreten, als sie von ihrer ArbeitsstÃ¤tte nach Hause fuhr. Ihr Warten nach dem ersten Auffahrunfall hinter ihrem Fahrzeug stand in einem sachlichen Zusammenhang mit dem versicherten ZurÃ¼cklegen dieses Weges vom Ort ihrer versicherten TÃ¤tigkeit im Krankenhaus.

22
Die in Â§Â 550 AbsÂ 1 RVO gebrauchte Formulierung â□□auf einem mit einer der in den Â§Â§Â 539, 540 und 543 bis 545 genannten TÃ¤tigkeiten zusammenhÃ¤ngenden Wegâ□□ kennzeichnet den sachlichen Zusammenhang des unfallbringenden Weges mit der eigentlichen versicherten TÃ¤tigkeit. Dieser besteht, wenn der Weg wesentlich zu dem Zweck zurÃ¼ckgelegt wird, den Ort der

TÃ¤tigkeit oder nach deren Beendigung im typischen Fall die eigene Wohnung zu erreichen. Die darauf gerichtete Handlungstendenz muss durch die objektiven UmstÃ¤nde bestÃ¤tigt werden. Da der Gesetzgeber die Grundentscheidung Versicherungsschutz â auf einem Weg nach und von dem Ort der TÃ¤tigkeitâ in Â§Â 550 AbsÂ 1 RVO getroffen hat, ist von der Rechtsprechung nur zu klÃ¤ren, ob der Versicherte, als er verunglÃ¼ckte, einen solchen versicherten Weg zurÃ¼ckgelegt und infolgedessen einen Gesundheitsschaden erlitten hat. MaÃgebendes Kriterium hierfÃ¼r ist, ob die anhand objektiver UmstÃ¤nde zu beurteilende Handlungstendenz des Versicherten beim ZurÃ¼cklegen des Weges darauf gerichtet war, die HauptttÃ¤tigkeit aufzunehmen oder nach deren Beendigung in seinen Privatbereich zurÃ¼ckzukehren; denn nur dann hÃ¤ngt sein Handeln mit der versicherten betrieblichen TÃ¤tigkeit zusammen. Fehlt es an diesem Zusammenhang, ist das ZurÃ¼cklegen des Weges auch dann keine versicherte TÃ¤tigkeit, wenn der Versicherte dieselbe Strecke zurÃ¼cklegt, die er als Weg nach und von dem Ort der TÃ¤tigkeit gewÃ¶hnlich benutzt (vgl BSG Urteil vom 2.12.2008 Â BÂ 2Â U 26/06Â RÂ BSGE 102, 111Â = SozR 42700 Â§Â 8 NrÂ 29, RdNrÂ 22 mwN).

23
Danach stand die KlÃ¤gerin unter Versicherungsschutz, solange sie sich am Unfalltag mit ihrem Fahrzeug von ihrer ArbeitsstÃ¤tte aus auf ihre Wohnung zubewegte. Dieser Versicherungsschutz bestand auch nach dem Aussteigen aufgrund des ersten Auffahrunfalls wÃ¤hrend des Wartens hinter ihrem PKW fort. Der Unfallversicherungsschutz der Wegeunfallversicherung der RVO beruht auf Â§Â 550 AbsÂ 1 RVO, dessen Wortlaut ebenso wie der der VorgÃ¤ngervorschrift des Â§Â 543 RVO weit gefasst ist. Danach sind âWegeâ nach und von dem Ort der TÃ¤tigkeit versichert. Der enger formulierte, nun seit dem 1.1.1997 geltende Â§Â 8 AbsÂ 2 NrÂ 1 SGBÂ VII schÃ¼tzt hingegen das ZurÃ¼cklegen des âunmittelbaren Wegesâ nach und von dem Ort der TÃ¤tigkeit (vgl hierzu BSG Urteil vom 30.1.2020 Â BÂ 2Â U 9/18Â RÂ BSGE 130, 17 =Â SozR 42700 Â§Â 8 NrÂ 72, RdNrÂ 15). Nach Â§Â 550 AbsÂ 1 RVO war der Versicherte auf dem Weg vom oder zum Ort der TÃ¤tigkeit in einem grÃ¶Ãeren Umfang geschÃ¼tzt. Diesen weitgehenden Versicherungsschutz im Rahmen der Wegeunfallversicherung nach Â§Â 550 AbsÂ 1 RVO berÃ¼cksichtigte auch die Rechtsprechung des BSG zur Unterbrechung des versicherten Weges. Danach begann die Unterbrechung des versicherungsrechtlich geschÃ¼tzten Weges erst dann, wenn der Versicherte den Ã¶ffentlichen Verkehrsraum verlassen hatte. Erst wenn der innere oder sachliche Zusammenhang des begonnenen und nach Â§Â 550 AbsÂ 1 RVO geschÃ¼tzten Weges vÃ¶llig aufgehoben und durch eine andere Handlungstendenz des Versicherten ersetzt wurde, entfiel der Versicherungsschutz. Wenn jedoch der bisher zurÃ¼ckgelegte Weg als AnnÃ¤herung an das Ziel im Ergebnis erhalten geblieben war, wurde der innere Zusammenhang und das Fortbestehen des Versicherungsschutzes bejaht (vgl dazu BSG Urteil vom 2.7.1996 Â 2Â RU 16/95Â SozR 32200 Â§Â 550 NrÂ 14 SÂ 52Â = juris RdNrÂ 20 mwN; vgl auch BSG Urteile vom 27.3.1990 Â 2Â RU 36/89Â SozR 32200 Â§Â 550 NrÂ 1, vom 19.10.1982 Â 2Â RU 24/81Â SozR 2200 Â§Â 550 NrÂ 53, vom 23.3.1972 Â 2Â RU 46/70Â SozR NrÂ 16 zu Â§Â 550 RVO und vom 28.2.1962 Â 2Â RU 178/60Â BSGE 16, 245Â = SozR NrÂ 36 zu Â§Â 543 RVO). Nach diesen MaÃstÃ¤ben ist die Beklagte zu Recht

von einem sachlichen Zusammenhang des Aufenthalts der KlÃ¤gerin hinter ihrem Fahrzeug zum Zeitpunkt des zweiten Auffahrunfalls mit dem gemÃ¤Ã Â§Â 550 AbsÂ 1 RVO versichertem ZurÃ¼cklegen des Heimweges ausgegangen. Die KlÃ¤gerin war durch die AuffahrunfÃ¤lle zwar gehindert, sich weiter in Richtung auf ihr Zuhause fortzubewegen, hatte jedoch die zurÃ¼ckzulegende Wegstrecke nicht verlassen. Anhaltspunkte dafÃ¼r, dass sich nunmehr ihre Handlungstendenz geÃ¤ndert und nicht mehr auf das Erreichen dieses Ziels gerichtet war, sind nicht ersichtlich. Die Beklagte hatte nach den zum Zeitpunkt des Erlasses der Bescheide vom 20.9.1984 und 19.9.1985 geltenden Recht damit zutreffend einen versicherten Wegeunfall der KlÃ¤gerin anerkannt.

24
Dem steht das Senatsurteil vom 17.2.2009 (BÂ 2Â U 26/07Â RÂ SozR 42700 Â§Â 8 NrÂ 32) nicht entgegen. Zwar hat der Senat hierin ausgefÃ¼hrt, RegulierungsgesprÃ¤che nach einem Verkehrsunfall stÃ¼nden nicht im sachlichen Zusammenhang mit dem ZurÃ¼cklegen des Weges von dem Ort der TÃ¤tigkeit. Diese Entscheidung erging jedoch zu dem nach seinem Wortlaut enger gefassten Â§Â 8 AbsÂ 2 NrÂ 1 SGBÂ VII. DarÃ¼ber hinaus steht der Ãbertragung der neueren Rechtsprechung auf AltfÃ¤lle wie dem vorliegenden Versicherungsfall bei der Anwendung des Â§Â 48 AbsÂ 3 SGBÂ X der Rechtsgedanke des Â§Â 48 AbsÂ 2 SGBÂ X entgegen. Die RÃ¼cknahme- und AufhebungstatbestÃ¤nde der Â§Â§Â 45 und 48 SGBÂ X sehen eine BerÃ¼cksichtigung spÃ¤terer und fÃ¼r den Betroffenen nachteiliger Rechtsprechung nicht vor. So soll mit Â§Â 48 AbsÂ 2 SGBÂ X lediglich die Korrektur einer Entscheidung fÃ¼r die Zukunft ermÃ¶glicht werden, sofern die hÃ¶chstrichterliche Rechtsprechung nachtrÃ¤glich das Recht anders auslegt als die BehÃ¶rde bei Erlass des Verwaltungsaktes und sich dieses zugunsten des Berechtigten auswirkt. Aus den Gesetzesmaterialien ist zu entnehmen, dass nachteilige Auswirkungen auf den BegÃ¼nstigten durch eine geÃ¤nderte hÃ¶chstrichterliche Rechtsprechung gerade vermieden werden sollen (vgl BTDrucks 8/4022 SÂ 30 und SÂ 83 zu Â§Â 46 AbsÂ 1 SatzÂ 2 bzw AbsÂ 1a des Entwurfs zum SGBÂ X; vgl auch BTDrucks 8/2034 SÂ 15, 35, 50, 62 zu Â§Â 46 AbsÂ 1 SatzÂ 2 des Entwurfs). Dem widersprÃ¤che jedoch die der KlÃ¤gerin nachteilige Ãbertragung der spÃ¤teren Rechtsprechung des Senats auf den im Jahr 1984 als Arbeitsunfall anerkannten Versicherungsfall aus dem Jahr 1983.

25
cc)Â Der Bescheid der Beklagten vom 23.11.2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 3.3.2017 ist damit rechtswidrig, soweit darin die Rechtswidrigkeit der bestandskrÃ¤ftigen Bescheide der Beklagten vom 20.9.1984 und 19.9.1985 festgestellt wurde. Er ist auch rechtswidrig, soweit die Beklagte mit ihm das sog Einfrieren der bisher gewÃ¤hrten Verletztenrente nach einer MdE von 20Â vH auf den bisherigen Zahlbetrag festgestellt hat.

26
b)Â Der angefochtene Bescheid vom 23.11.2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 3.3.2017 ist auch insoweit rechtswidrig, als es die Beklagte ablehnte, der KlÃ¤gerin unter entsprechender AbÃ¤nderung des Bescheides vom 19.9.1985 ab dem 1.12.2015 eine hÃ¶here Verletztenrente nach

einer MdE von 30Â vH statt bisher 20Â vH zu zahlen. Zu Recht hat das SG die Beklagte daher zur Zahlung einer Verletztenrente nach einer MdE von 30Â vH ab dem 1.12.2015 verurteilt. Die KlÃ¤gerin hat seit dem 1.12.2015 einen Anspruch auf GewÃ¤hrung einer hÃ¶heren Verletztenrente nach einer MdE von 30Â vH, weil eine wesentliche Ã□nderung in den durch den Arbeitsunfall bedingten GesundheitsschÃ¤den und damit verbundenen FunktionseinbuÃ□en sowie der dadurch bedingten MdE eingetreten ist.

27
Ein Verwaltungsakt mit Dauerwirkung ist mit Wirkung fÃ¼r die Zukunft aufzuheben, soweit in den tatsÃ¤chlichen oder rechtlichen VerhÃ¤ltnissen, die bei seinem Erlass vorgelegen haben, eine wesentliche Ã□nderung eintritt (Â§Â 48 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ X). Der Verwaltungsakt soll mit Wirkung vom Zeitpunkt der Ã□nderung der VerhÃ¤ltnisse aufgehoben werden, soweit die Ã□nderung zugunsten des Betroffenen erfolgt (Â§Â 48 AbsÂ 1 SatzÂ 2 NrÂ 1 SGBÂ X). Bei Renten der gesetzlichen Unfallversicherung ist eine Ã□nderung iS des Â§Â 48 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ X hinsichtlich der HÃ¶he der MdE nur wesentlich, wenn sie mehr als 5Â vH betrÃ¤gt. Dies folgt aus Â§Â 73 AbsÂ 3 SGBÂ VII, dessen Reglungswirkung nach der Ausnahmevorschrift des Â§Â 214 AbsÂ 3 SatzÂ 2 SGBÂ VII auch fÃ¼r VersicherungsfÃ¤lle gilt, die Â wie hierÂ vor dem Tag des Inkrafttretens des SGBÂ VII eingetreten sind (vgl zu den Voraussetzungen des Â§Â 48 AbsÂ 1 SGBÂ X BSG Urteil vom 8.12.2021 Â BÂ 2Â U 10/20Â RÂ BSGE 133, 163 =Â SozR 42700 Â§Â 56 NrÂ 5, RdNrÂ 15Â ff). Hier war eine rechtlich wesentliche Ã□nderung in den tatsÃ¤chlichen VerhÃ¤ltnissen eingetreten.

28
Seit Erlass des Bescheides der Beklagten vom 19.9.1985 hatten sich die anerkannten GesundheitsschÃ¤den verschlimmert und jedenfalls seit November 2015 eine MdE von nunmehr 30Â vH bedingt. Mangels zulÃ¤ssiger und begrÃ¼ndeter VerfahrensrÃ¼gen hat das LSG fÃ¼r den Senat gemÃ¤Ã□ Â§Â 163 SGG bindend festgestellt, dass in den durch den Arbeitsunfall bedingten GesundheitsschÃ¤den, die zum Zeitpunkt des Erlasses des hier maÃ□gebenden Bescheides vom 19.9.1985 bestanden, verglichen mit denjenigen, die zum Zeitpunkt seiner Entscheidung vorgelegen hatten, eine tatsÃ¤chliche Ã□nderung eingetreten ist. Es hat festgestellt, dass sich die FunktionseinschrÃ¤nkungen des oberen Sprunggelenkes durch die zusÃ¤tzliche Einsteifung des unteren Sprunggelenkes verstÃ¤rkt hatten. Diese FunktionseinschrÃ¤nkungen bedingten eine um 10Â vH hÃ¶here MdE von nunmehr 30Â vH seit November 2015, wie sich aus dem Gesamtzusammenhang der von den Beteiligten nicht angegriffenen Feststellungen des LSG ergibt. An diese Bemessung der MdE ist der Senat gebunden, denn die Bemessung des Grades der MdE ist eine tatsÃ¤chliche Feststellung, die das Tatsachengericht unter BerÃ¼cksichtigung der gesamten UmstÃ¤nde des Einzelfalls gemÃ¤Ã□ Â§Â 128 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGG nach seiner freien, aus dem Gesamtergebnis des Verfahrens gewonnenen richterlichen Ã□berzeugung trifft (vgl hierzu BSG Urteil vom 8.12.2021 Â BÂ 2Â U 10/20Â RÂ BSGE 133, 163 =Â SozR 42700 Â§Â 56 NrÂ 5, RdNrÂ 16 mwN). Diese Ã□nderung war auch rechtlich wesentlich, weil sie einen Anspruch auf eine hÃ¶here Verletztenrente begrÃ¼ndete. Aufgrund der Verschlimmerung der

FunktionseinbuÃen der als Unfallfolgen anerkannten GesundheitsschÃ¤den bestand nunmehr eine MdE von 30Â vH und damit gemÃ¤Ã Â§Â 581 AbsÂ 1 NrÂ 2 RVO idF des UVNG ein Anspruch der KlÃ¤gerin auf eine Verletztenrente nach einer MdE von 30Â vH spÃ¤testens seit dem 1.12.2015.

29
Wie oben ausgefÃ¼hrt stand diesem Anspruch auf Zahlung einer Verletztenrente nach einer MdE von 30Â vH unter AbÃ¤nderung des Bescheides vom 19.9.1985 eine Feststellung der Beklagten gemÃ¤Ã Â§Â 48 AbsÂ 3 SGBÂ X nicht entgegen, weil diese rechtswidrig und deshalb zu Recht durch das SG aufgehoben worden ist. Da eine sog Abschmelzung nicht zu erfolgen hatte, kann offenbleiben, ob wegen der MÃ¶glichkeit einer Begrenzung des Zahlbetrags der Rente nur fÃ¼r die Zukunft zunÃ¤chst ab 1.12.2015 die Verletztenrente nach einer MdE von 30Â vH ohnehin zu zahlen war (vgl hierzu BSG Urteil vom 22.6.1988 Â 9/9aÂ RV 46/86Â BSGE 63, 266 =Â SozR 3642 Â§Â 9 NrÂ 3Â = juris RdNrÂ 23).

30
3.Â Auf die Revision der KlÃ¤gerin war damit das Urteil des LSG aufzuheben, weil es der Berufung der Beklagten zu Unrecht stattgegeben hat. Der Tenor des Urteils des SG war allerdings dahin klarstellend zu ergÃ¤nzen, dass die Beklagte zur entsprechenden AbÃ¤nderung des ursprÃ¼nglichen, eine Verletztenrente nach einer MdE von lediglich 20Â vH bewilligenden Bescheides vom 19.9.1985 fÃ¼r die Zeit ab 1.12.2015 verpflichtet ist.

31
4.Â Die Kostenentscheidung folgt aus Â§Â§Â 183, 193 SGG.

Â

Erstellt am: 17.07.2023

Zuletzt verändert am: 21.12.2024